

Fragwürdige Konferenz in Damaskus

Humanitäre Hilfszahlungen für Syrien entlarven Regimerhetorik: Eine Rückkehr von Flüchtlingen ist derzeit unmöglich

David Labude, Franziska Amler, Tobias Winkelsett

Das Assad-Regime richtete vergangene Woche eine zweitägige Konferenz zur Rückkehr von Flüchtlingen nach Syrien aus. Wichtige Aufnahmeländer blieben der Konferenz fern oder waren nicht eingeladen, ebenso wenig wie Vertreter relevanter Flüchtlingsorganisationen. Die Vereinten Nationen (VN) kamen lediglich als Zuschauer. Die Inhalte der Konferenz und das bisherige humanitäre Engagement von Damaskus und seinen Alliierten zeigen deutlich, dass die Zusammenkunft andere Absichten verfolgte, als das Leid Millionen Vertriebener zu beenden.

Ein Treffen auf Geheiß des Kremls

Eigentlich hatte der syrische Präsident Baschar al-Assad keine große Lust eine Konferenz auszurichten, die ausgerechnet die Rückkehr von Syrern und Syrerinnen in ihr Heimatland thematisiert. Schließlich hatte der Diktator deren Vertreibung regelrecht organisiert. Seit 2011 haben über 5,5 Millionen Menschen Syrien verlassen und mehr als 6 Millionen sind Vertriebene im eigenen Land. Schätzungen zufolge sind mindestens 500.000 Menschen getötet worden.¹ Verantwortlich für Tod und Flucht sind die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen des syrischen Regimes und seiner Verbündeten: gezielte Vertreibung und die Beschlagnahme von Besitz², Mord, systematische Folter³ und die Bombardierung ziviler Infrastruktur⁴.

Es ist anzunehmen, dass nur das Drängen des russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie das Zurückhalten dringend benötigter Weizenlieferungen Damaskus letztlich in das Abhalten eines solchen Treffens einwilligen ließen.⁵ Syriens Verhältnis zu seinen Unterstützern ist nicht frei von Turbulenzen: Assads fehlende Kompromissbereitschaft und die dadurch fortgesetzte internationale Isolation Syriens verärgert seine Alliierten zunehmend. Denn sowohl die russische als auch die iranische Regierung wollen nach jahrelangem militärischem Engagement zumindest eine Kompensation ihrer Kriegskosten. Russlands Militäroperation in Syrien (seit September 2015) dürfte den Kreml etwa 7,5 Milliarden US-Dollar gekostet haben.⁶ Doch Damaskus ist pleite. Ein striktes Sanktionsregime der USA und der

¹ Vgl. Human Rights Watch, Syria: „[Events of 2018](#)“.

² Das syrische Regime konfisziert oder zerstört systematisch Häuser und Eigentum von Flüchtlingen und Oppositionellen. Mehrere seit 2012 erlassene Dekrete und Gesetze legalisieren dieses Vorgehen, das nach Genfer Konventionen ein Kriegsverbrechen darstellt, vgl. Alaa Nassar und Walid al-Nofal, „[After Stealing their Dream of Freedom, Damascus Goes after Syrians' Assets](#)“, *Syria Direct*, 7. November 2019.

³ Das Syrian Network for Human Rights schätzt die Zahl der durch das Regime seit 2011 zu Tode gefolterten Menschen auf 14.451. Vgl. „[Death Toll Due to Torture](#)“, *Syrian Network for Human Rights*, Stand September 2020.

⁴ Vgl. Belkis Wille und Richard Weir, „[Targeting Life in Idlib: Syrian and Russian Strikes on Civilian Infrastructure](#)“, *Human Rights Watch*, 15. Oktober 2020.

⁵ Moskau erhöhte zuletzt Ende September 2020 den Druck und hielt Lebensmittellieferungen an Syrien zurück. Vgl. Bethan McKernan und Ahmad Haj Hamdo, „[Syria Introduces Limits on Subsidised Bread as Economic Crisis Bites](#)“, *The Guardian*, 5. Oktober 2020.

⁶ Die Angaben zu den tatsächlichen Kosten des russischen Militäreinsatzes in Syrien variieren. Genaue Zahlen sind schwer zu beziehen. Der Moscow Times zufolge kostet Russlands Engagement täglich etwa vier Millionen US-Dollar. Dies ergibt für den

Europäischen Union (EU) verhindert eine baldige Verbesserung der syrischen Wirtschaftsleistung sowie eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen. Die USA und die EU knüpfen eine mögliche Lockerung der Maßnahmen an Bedingungen – u.a. Sicherheitsgarantien für die Zivilbevölkerung, die Rückkehr von Flüchtlingen unter würdigen Bedingungen und einen politischen Übergangsprozess gemäß UN-Resolution 2254.⁷

Die plötzliche Empathie für Flüchtlinge verfolgt deshalb einzig den Zweck, das internationale Sanktionsregime aufzuweichen. Der syrische Verbündete soll wieder zahlungsfähig werden. Außerdem erhoffen sich Russland und Iran, von Aufbauhilfen zu profitieren. Nach fast einem Jahrzehnt Krieg sind etwa 50 Prozent der Basisinfrastruktur des Landes beschädigt.⁸ Der Wiederaufbau ist teuer, Experten beziffern die Kosten auf 200 bis 400 Milliarden US-Dollar.⁹ Weder das Assad-Regime noch seine Verbündeten Russland und der Iran sind in der Lage, diesen zu finanzieren. Sie brauchen hierfür in erheblichem Maße internationale Unterstützung. Aus diesem Grund drängt die russische Regierung Assad zu einem Entgegenkommen in der Flüchtlingsfrage. Die syrische Politikanalystin Rime Allaf spricht im Interview mit der Konrad-Adenauer-Stiftung deshalb mit Blick auf die Konferenz von einem „ärmlich getarnten Hilferuf“ Wladimir Putins.¹⁰ Der russische Präsident stecke in Syrien in einer finanziellen „Sackgasse“. Er brauche deshalb dringend „die heilige Kuh der EU-Wiederaufbaugelder“, um da herauszukommen. Dafür müsse Assad aber zunächst die notwendigen Bedingungen schaffen, um beispielsweise die sichere Rückkehr von Flüchtlingen zu ermöglichen, andernfalls werden die Europäer nicht zahlen, erläutert Allaf.

Assads Rückkehrkonferenz

Einzelheiten zu dieser geplanten Rückkehr der syrischen Flüchtlinge und der dazu notwendigen Bedingungen sollten nun also in Damaskus auf der zweitägigen Konferenz vom 11. bis 12. November diskutiert werden. Teilnehmer der Zusammenkunft waren u.a. die Vereinigten Arabischen Emirate, China, der Iran, der Irak, Libanon und Pakistan (insgesamt 27 Staaten bzw. Organisationen). Die VN nahmen als Beobachter teil.¹¹ Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, die EU und die USA kritisierten, dass die Konferenz die wirklichen Fluchtursachen und Rückkehrhürden (Vertreibung, Enteignung, willkürliche Verhaftungen, Folter, Mord¹²) nicht thematisiere. Folgerichtig entsandten die EU, die USA und die meisten arabischen Staaten, darunter Jordanien und Ägypten, keine Vertreter. Die Türkei war nicht zur Konferenz eingeladen, da die syrische Regierung sie als „Terrorunterstützer“ ansieht.¹³ Wichtige Aufnahmeländer für syrische Flüchtlinge (Türkei 3,6 Millionen, EU etwa 1,2 Millionen, Jordanien 660.000, Ägypten 130.000) blieben dem Treffen somit fern.¹⁴

Die Ausrichter gaben sich trotzdem optimistisch. Der russische Präsident Wladimir Putin sagte, dass ein Großteil der Flüchtlinge bereits in naher Zukunft wieder nach Syrien zurückkehren könne. Nach Angaben des Kremls sei das Ausmaß der Gewalt erheblich zurückgegangen.¹⁵ Syriens Präsident Assad ergänzte in einer Videobotschaft zu Beginn der Konferenz, dass seine Regierung die entsprechenden Bedingungen für eine Rückkehr geschaffen habe und ein großer Teil der syrischen Flüchtlinge zudem in ihre Heimat zurückkommen wolle. Das Thema genieße nun „Priorität“. Die Rückkehr scheitere bislang maßgeblich an

Zeitraum 30. September 2015, dem Beginn der russischen Intervention in Syrien, bis zum 1. November 2020 die Summe von 7,532 Milliarden US-Dollar. Vgl. Peter Hobson, [„Calculating the Cost of Russia's War in Syria“](#), *Moscow Times*, 20. Oktober 2015.

⁷ Vgl. UN-Resolution [2254](#) vom 18. Dezember 2015.

⁸ Vgl. UN-OCHA, [„Syria in 2020: The Deadly Legacy of Explosive Violence and Its Impact on Infrastructure and Health“](#), 18. Dezember 2019.

⁹ Die VN (UN-ESCWA) schätzten die Kosten des Wiederaufbaus 2018 auf [388 Milliarden US-Dollar](#). Die Weltbank hingegen bezifferte die Kosten 2017 auf etwa [226 Milliarden US-Dollar](#).

¹⁰ Gespräch mit Rime Allaf am 15. November 2020.

¹¹ Vgl. [„Internationale Konferenz zur Rückkehr der syrischen Flüchtlinge beginnt morgen in Damaskus“](#) (المؤتمر الدولي حول عودة اللاجئين السوريين), SANA, 10. November 2020.

¹² Der libanesische Minister für Vertriebene bestätigte im November 2018, dass er Informationen über 20 ermordete syrische Flüchtlinge habe, die aus dem Libanon nach Syrien zurückgekehrt sind. Vgl. [„Das syrische Regime ermordet die Rückkehrenden“](#) (النظام السوري يقتل المعتدين), *Al-Hurra*, 2. November 2018.

¹³ Das Assad-Regime beschuldigt die türkische Regierung, Terroristen zu unterstützen. Vgl. die Aussage des stellvertretenden syrischen Außenministers Iman Sawсан in, [„Internationale Konferenz zur Rückkehr der syrischen Flüchtlinge beginnt morgen in Damaskus“](#) (المؤتمر الدولي حول عودة اللاجئين السوريين ينطلق غداً بدمشق), SANA, 10. November 2020.

¹⁴ Für die Staaten Türkei, Jordanien und Ägypten siehe die [Statistik der UNHCR](#); Für die EU siehe Eurostat, [„Asylum and First Time Asylum Applicants by Citizenship, Age and Sex - Annual Aggregated Data“](#) (Zugriff erfolgte am 16. November 2020). Erfasst sind die Daten für syrische Staatsbürger der Jahre 2011-2019.

¹⁵ Vgl. [„President al-Assad During Video Talks with President Putin: Int'l Conference on Refugees' Return a Beginning for Solving this Humanitarian Issue“](#), SANA, 9. November 2020.

den westlichen Sanktionen, die u.a. den Wiederaufbau behinderten und für die besorgniserregende humanitäre Lage verantwortlich seien, so Assad. Zwar gebe der Westen vor, die Menschenrechte zu verteidigen, in Wahrheit ignorierten die westlichen Staaten jedoch die harten Lebensumstände der Flüchtlinge und „politisieren die Rückkehr“ auf „abscheulichste Weise“, um die Flüchtlinge außerhalb Syriens zu halten und als „Druckmittel gegen seine Regierung zu verwenden.“¹⁶

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen sowie die VN widersprechen dieser Darstellung. Sie machen insbesondere das brutale Vorgehen des Regimes und seiner Verbündeten für die massenhafte Flucht aus Syrien und die humanitäre Krise verantwortlich. Die notwendigen Voraussetzungen für eine Rückkehr unter sicheren und würdigen Bedingungen seien bislang keinesfalls gegeben. Diese Einschätzung untermauerte Manar Rachwani, Chefredakteur der unabhängigen syrischen Medienplattform *Syria Direct* erst kürzlich im Gespräch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.¹⁷ Die Flüchtlinge seien nicht wegen zerstörter Häuser aus Syrien geflohen, sondern wegen des Regimes, so Rachwani. Die Frage, ob das Regime bereit sei, das Land wiederaufzubauen, beantwortete der Journalist mit einem ganz klaren „Nein“. Vom Wiederaufbau und humanitärer Hilfe profitierten lediglich die Regimegetreuen. Diejenigen, die gegen das Regime sind, gingen leer aus. „Es geht den Leuten um Sicherheit. Selbst wenn das Regime ein weiteres Singapur bauen würde, würden die Menschen nicht zurückkommen“, betont der Chefredakteur. Auch Jihad Yazigi, Verleger der Online-Zeitung *The Syrian Observer* machte deutlich, dass vor allem das Regime eine Rückkehr erschwere. Die fehlende Sicherheit und schweren Lebensbedingungen seien zentrale Hindernisse. „Es gibt wirklich nichts, was die Menschen davon überzeugen könnte, unter den gegenwärtigen Bedingungen zurückzukehren“, meint Yazigi.¹⁸

Auf der Konferenz fanden solche wesentlichen Voraussetzungen für eine Rückkehr – Sicherheit und eine grundlegende Versorgung der Zivilbevölkerung – kaum Erwähnung. Stattdessen erhoben Assad und seine Alliierten Vorwürfe gegen westliche Staaten und Syriens Nachbarn. Dabei belegten Daten, dass es insbesondere diese Länder sind, die sich seit Beginn des Krieges am stärksten humanitär für Syrien engagieren.

USA, Deutschland und Großbritannien größte Syrien-Geberländer

Insgesamt hat die internationale Staatengemeinschaft in den vergangenen neun Jahren (2011-2020) über 20 Milliarden US-Dollar für humanitäre Zwecke in Syrien an die VN gezahlt.¹⁹ Wichtigstes Instrument dafür ist das United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UN-OCHA).²⁰ Daneben bestehen weitere Hilfsprogramme einzelner Länder und bilaterale Hilfen für Syrien auch außerhalb der VN.²¹ Als größte Geber für UN-OCHA konnten die USA (5,5 Milliarden US-Dollar), Deutschland (2,5 Milliarden US-Dollar) und Großbritannien (2,1 Milliarden US-Dollar) identifiziert werden.²² Die USA leisteten durchgängig Rekordwerte im Vergleich zu allen anderen Staaten und stellten allein 2019 rund 820 Millionen US-Dollar für humanitäre Hilfe in Syrien zur Verfügung.

¹⁶ Vgl. Assads Videobotschaft vom 11. November 2020, „[Die Worte des Präsidenten Assad bei der Eröffnung der internationalen Konferenz zur Rückkehr der syrischen Flüchtlinge in Damaskus](#)“ (كلمة الرئيس الأسد في افتتاح المؤتمر الدولي حول عودة اللاجئين السوريين بدمشق). Die Videobotschaft wurde u.a. auf Assads Twitter-Account veröffentlicht.

¹⁷ Gespräch mit Manar Rachwani am 8. September 2020.

¹⁸ Gespräch mit Jihad Yazigi am 7. September 2020.

¹⁹ Die Summe basiert auf der Addition sämtlicher Zahlungen verschiedener Länder und Institutionen an UN-OCHA im Zeitraum 2011-2020. Vgl. die Jahresdaten von UN-OCHA für Syrienhilfe im genannten Zeitraum, „[Financial Tracking Service, Syrian Arab Republic](#)“, UNOCHA, Stand 2020.

²⁰ UN-OCHA sammelt die Daten über Hilfsleistungen an Syrien von verschiedenen Organisationen. Dabei sind auch Zahlungen von Programmen wie US AID enthalten. Die Hilfgelder der einzelnen Länder sind unter anderem in Lebensmittel- und Medikamentenversorgung geflossen. Auf Grundlage dieser Daten werden im Folgenden die geleisteten und zugesagten Hilfszahlungen an Syrien miteinander verglichen, um einen Eindruck zu gewinnen, welche Länder sich bei der humanitären Unterstützung besonders hervortun. Unter den UN-OCHA Daten wird unterschieden zwischen bereits geleisteten Hilfszahlungen und von Staaten garantierten Verpflichtungen. Bis zu welcher Höhe diese Verpflichtungen bereits getätigt wurden, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht eindeutig klären. Aus diesem Grund werden in der Analyse beide Positionen (Auszahlungen und Verpflichtungen) zusammen berücksichtigt.

²¹ Eine Berücksichtigung von Hilfszahlungen außerhalb der durch die von UN-OCHA gelisteten Leistungen kann an dieser Stelle nicht stattfinden. Für die Vergleichbarkeit der Hilfszahlungen ist es notwendig, auf verifizierbare und vergleichbare Daten zurückzugreifen, was die UN-OCHA sicherstellt. Alle Zahlungen, die über andere Kanäle geleistet werden, beeinträchtigen demgemäß die Validität und Reliabilität der vorliegenden Auswertung.

²² Konkret zahlten die USA \$5.540.090.419, Deutschland \$2.484.551.427 und Großbritannien \$2.133.727.848.

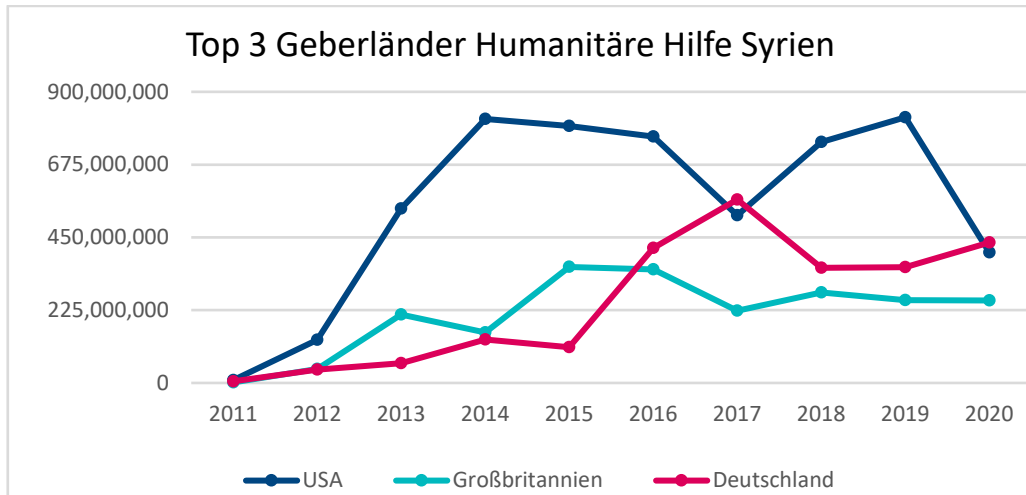


Tabelle 1 - Humanitäre Hilfszahlungen pro Jahr der Top 3 Geberländer

Norwegen und EU stechen positiv heraus, Russland, China und Iran spielen untergeordnete Rolle

Mit der Syrien Konferenz in der vergangenen Woche haben Russland und das Assad-Regime die Zukunft der Flüchtlinge auf die politische Agenda gesetzt. Doch wie sah das Engagement des Regimes und seiner Verbündeten in puncto humanitärer Hilfsgelder in den vergangenen Jahren aus? Russland zahlte lediglich 66,3 Millionen US-Dollar. Dies entspricht 0,33 Prozent gemessen am UN-OCHA Gesamtbudget. Bei der Konferenz in Damaskus versprach Russland jedoch unabhängig von der geringen Beteiligung in Bezug auf humanitäre Hilfszahlungen, 1 Milliarde US-Dollar für den Wiederaufbau Syriens bereitstellen zu wollen.²³ Ein weiterer Verbündeter Assads ist China. Das Land mit der zweitstärksten Wirtschaftsleistung weltweit zahlte insgesamt nur knapp 11 Millionen US-Dollar (0,06 Prozent). Für den Iran sind durch die UN-OCHA überhaupt keine finanziellen Hilfen aufgelistet. Russland und der Iran sendeten im Zeitraum 2012-2013 allerdings insgesamt 880 Tonnen Hilfsgüter nach Syrien.²⁴ Die finanziellen Beiträge von Assads Alliierten belaufen sich damit auf weniger als 0,4 Prozent des Gesamtbudgets von UN-OCHA.

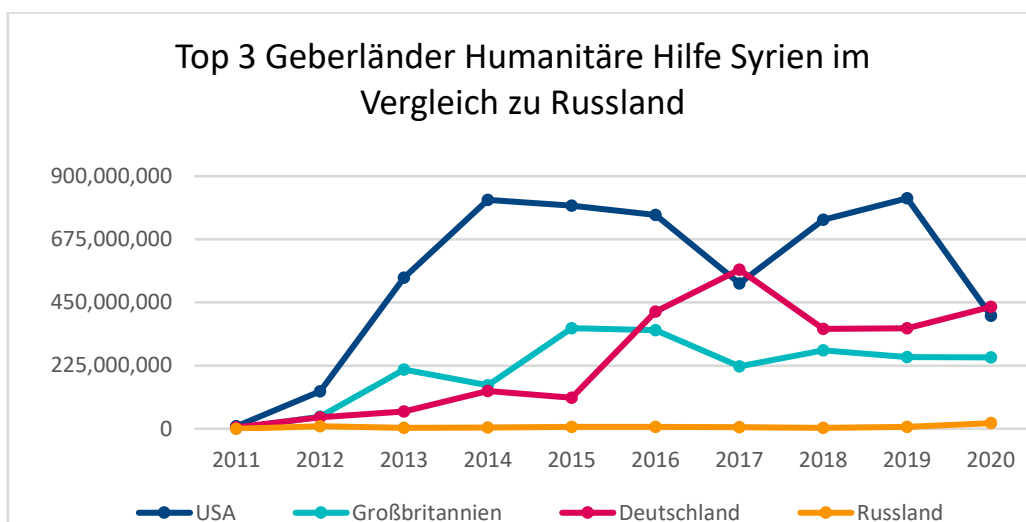


Tabelle 2 - Humanitäre Hilfe pro Jahr der Top 3 Geberländer und Russland

Neben den Hauptgeberländern USA, Deutschland und Großbritannien sticht zudem Norwegen heraus. Das skandinavische Land leistete in den vergangenen neun Jahren des Syrienkrieges einen Beitrag von insgesamt 798 Millionen US-Dollar. Ein weiterer großer Geldgeber ist die Europäische Kommission, die

²³ Vgl. „Head of Russian-Syrian Coordination Center on Returning Refugees: Russia Allocates More than USD 1 Billion for Reconstruction of Electricity Networks and Industries in Syria“, SANA, 11. November 2020.

²⁴ Vgl. die UN-OCHA Datenbank für Iran [2012](#) sowie für Russland [2012](#) und [2013](#).

u.a. mit einem speziell für die Situation aufgelegten Hilfsfond insgesamt rund 1,5 Milliarden US-Dollar bereitstellte. Auch einige arabische Golfmonarchien, die in Opposition zur syrischen Regierung stehen, stechen als große Geldgeber für humanitäre Hilfsleistungen in Syrien heraus: Die Vereinigten Arabischen Emirate stellten 423 Millionen US-Dollar, Saudi-Arabien 418 Millionen US-Dollar und Kuwait 387 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

Fazit: Keine Lösung für syrische Flüchtlinge in Sicht

Die vorliegenden Daten zeigen, dass es vorrangig westliche Länder und die Golfstaaten sind, die sich über die VN humanitär in Syrien engagieren. Die Hilfsleistungen von Damaskus' Verbündeten sind hingegen auffallend gering. Der Vorwurf des syrischen Präsidenten und Russlands, der Westen sei für die humanitäre Krise und die ausbleibende Rückkehr verantwortlich, ist somit absurd. Dass das Regime und seine Verbündeten die tatsächliche Not der syrischen Bevölkerung nicht kümmert, belegen hingegen nicht nur die geringen Zahlungen an UN-OCHA, sondern vor allem auch Russlands und Chinas Vetos im VN-Sicherheitsrat, die 2020 zur Schließung dreier (von vier) Grenzübergänge für humanitäre Hilfe nach Syrien führten.²⁵ Im Gespräch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung betonte Ayman Abdel Nour, Leiter der Organisation *Syrian Christians for Peace*, dass das Assad-Regime humanitäre Leistungen häufig als politisches Steuerungsinstrument nutze, um seine Gegner zu bestrafen: „Das Regime nimmt die Nothilfe an sich und leitet sie nicht in die Gebiete weiter, in denen sie am Dringendsten benötigt wird, sondern in diejenigen, in denen ihre Günstlinge wohnen.“ Durch die Schließung der Grenzübergänge konzentrierte diese sich nun noch stärker in den Händen des Regimes. „Dies ermöglicht Assad eine fast vollständige Kontrolle über die Verteilung von Nahrungsmitteln und Medikamenten“, mahnt Abdel Nour und fordert Europa und andere Geberländer auf, Hilfsleistungen in Zukunft besser nachzuverfolgen.²⁶

Die Konferenz in Damaskus thematisierte wesentliche Fluchtursachen wie die anhaltende Gewalt, Mord und politische Verfolgung durch das Assad-Regime bewusst nicht. Denn vorrangiges Ziel der Zusammenkunft war es, Damaskus' internationale Isolation zu überwinden. Einzig zu diesem Zweck mimte die syrische Regierung Offenheit gegenüber den Flüchtlingen. Diese Einschätzung teilt auch die Politikanalytikerin Rime Allaf: „Anstatt Anreize für Flüchtlinge zu schaffen nach Hause zurückzukehren – nicht finanzieller Natur –, schafft das Regime weiterhin Hindernisse und sehr reale Bedrohungen für ihre Sicherheit“. Die Konferenz sei ein Versuch gewesen, so zu tun, als seien es die internationalen Sanktionen, die die Rückkehr von Syrern verhinderten. Putin wolle endlich die „finanziellen Früchte seines Syrienabenteuers ernten“. Entweder durch die Aufhebung von Sanktionen oder durch eine Rückkehr der Flüchtlinge. Denn er nimmt an, „dass die Europäer eine groß angelegte Rückkehr von Flüchtlingen durch riesige EU-Mittel unterstützen würden“, so Allaf. Keine dieser Optionen sei derzeit jedoch im Interesse der Syrer oder der EU, betont sie. Putins und Assads erwünschter Propaganda-Coup blieb jedoch aus: Zahlreiche Staaten und Organisationen blieben dem Damaszener Schauspiel fern.

Nicht zuletzt verdeutlichen die USA und Europa mit dieser Absage, dass sie dem vom Regime und seinen Alliierten erhofften Tauschhandel ‚Flüchtlinge gegen eine Aufhebung von Sanktionen‘ nicht ohne weiteres zustimmen. Denn zunächst muss die syrische Regierung die dazu erforderlichen Bedingungen schaffen. Es ist daher einzig richtig, sowohl die Rückkehr der Flüchtlinge als auch Lockerungen des Sanktionsregimes und mögliche Aufbauhilfen für Syrien an belastbare, politische Zugeständnisse und Garantien zu knüpfen. Ein vorschnelles Entgegenkommen würde lediglich die autoritäre Herrschaft Assads zementieren. Eine politische Lösung des Syrienkonflikts bliebe dann weiterhin verbaut.

²⁵ Vgl. die Veröffentlichung des VN-Sicherheitsrats, [„Limited Cross-Border Access into North-West Syria Placing Strain on Humanitarians to Reach Many in Need, Aid Worker Tells Security Council“](#), 29. Juli 2020; Laut Schätzungen steht durch die Schließung der Grenzübergänge die Versorgungssituation von etwa 1,3 Millionen Syrern in Oppositionsgebieten auf dem Spiel.

²⁶ Gespräch mit Ayman Abdel Nour am 27. Juli 2020.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gregor Jaecke
Leiter Auslandsbüro Syrien/Irak
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
gregor.jaecke@kas.de
www.kas.de/de/web/syrien-irak



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)